
BERLINER ERKLÄRUNG ZUR INKLUSION

Ja zur Inklusion – Politik muss Gelingensbedingungen schaffen!

Inklusion ist eine gesellschaftliche Werthaltung und Praxis, die sich den letzten Jahrzehnten weltweit verstärkt durchgesetzt hat und in der UNO-Behindertenrechtskonvention 2006 und in nationalen Gesetzen festgelegt wurde. Die drei Lehrerverbände GÖD-APS, LCH und VBE aus Österreich, Schweiz und Deutschland, tragen die Konvention mit. Alle Kinder sollen grundsätzlich in die lokale Schule gehen können und gemäss ihrem Lernstand gefördert werden. Die dafür notwendigen Gelingensbedingungen müssen von der Politik festgelegt und gesichert werden. Die Verbände fordern eine professionelle Umsetzung, damit kein Kind zum Verlierer wird.

Inklusion muss gesellschaftlich mitgetragen werden

Inklusion kann nicht einfach an die Schulen delegiert werden. Sie muss auch in der Berufsausbildung, im Berufsleben, in der Freizeit, im öffentlichen Leben und in den Familien zum Tragen kommen, also in möglichst allen Bereichen von Gesellschaft und Wirtschaft sowie über die gesamte Lebensdauer eines Menschen. Ein derart fundamentaler Umdenk- und Umstellungsprozess dauert Jahrzehnte, auch in den Schulen. Auftauchende Probleme und Beschränkungen im Prozess der Inklusion sind transparent zu machen.

Öffentliche Schulen können nur das leisten, was auch gesellschaftlich mitgetragen wird.

Die Umstellung auf Inklusion erfordert massive Investitionen

Qualität in der Inklusion gibt es nur mit mehr Ressourcen:

- mehr Fachpersonal für Sonderpädagogik, Schulsozialarbeit, Schulpsychologie, Schulbegleitung, Pflege und Assistenz,
- Anpassung der Lehrkräfteausbildung aller Schulformen und Schulstufen,
- systematische Fort- und Weiterbildung,
- inklusionsgeeignete Lehr- und Lernmittel,
- Herstellung von Barrierefreiheit,
- Schaffung genügender Klassen- und Differenzierungsräume,
- inklusionsgerechter Schülertransport.

Für die Entwicklung einer inklusiven Schule sind kontinuierlich ausreichende Ressourcen ohne Finanzierungsvorbehalt bereit zu stellen.

Inklusion kann nur lokal umgesetzt werden

Werthaltungen müssen an jeder Schule mit sämtlichen Beteiligten gemeinsam und konkret in den Alltag des Lernens und Zusammenlebens umgesetzt werden. Nur so wird es möglich, Sicherheit und Geborgenheit zu gewährleisten und effektiv zu lernen und zu arbeiten. Der Aufbau einer gemeinsam gelebten Schulethik und angepasster Schul- und Unterrichtsmodelle benötigt viel lokalen Gestaltungsraum. Schulen sollen lokal passende Modelle auswählen und weiter entwickeln können. Die Tragfähigkeit von Klassen ist zu berücksichtigen. Erfolgreiche Modelle sollen den Schulen zugänglich gemacht werden.

Veränderungen müssen umsichtig vorbereitet, lokal gestaltet und von allen Beteiligten, insbesondere den Eltern und den Lehrpersonen, mitgetragen werden können.

Lernvorgaben und Lernmaterial müssen die Heterogenität abbilden

Die im Lehrplan vorgegebenen Kompetenzen müssen von den Schülern und Schülerinnen differenziert erreicht werden können. Unterrichts- und Lernmaterial sollen ein differenziertes Lernangebot ermöglichen. Der Widerspruch zwischen der Idee der Inklusion und jener der Einführung von Bildungsstandards und deren Überprüfung mit Tests und Bildungsmonitoring muss vom Auftraggeber geklärt werden.

Lehrpläne, Lernmaterialien, Leistungstests und Bildungsstandards müssen die Inklusion unterstützen.

Spezielle Förderangebote und Beratung sind weiterhin nötig

Für besondere Förderung, Therapie und Beratung müssen weiterhin spezialisierte Angebote zur Verfügung stehen. Die Zuweisung erfolgt aufgrund sorgfältiger individueller Abklärungen. Inklusion ist bis heute ein Ziel, noch keine Tatsache. Es wird Kinder geben, die unter den gegebenen Umständen an den Schulen (noch) nicht ihren Bedürfnissen entsprechend gefördert werden können oder deren Eltern das Angebot für ihr Kind nicht als angemessen erachten.

Bisher zentral angesiedelte sonderpädagogische Fachkompetenzen müssen in ein inklusives Schulsystem passend integriert werden.

Die Politik muss eine sorgfältige Umsetzung verantworten

GÖD-APS, LCH und VBE betonen gemeinsam: Inklusion braucht einen klaren politischen Willen, um nicht zu scheitern. Die Lehrerorganisationen wollen das gemeinsame Lernen mit allen Kräften unterstützen. Die Inklusion muss zu einer machbaren und motivierenden pädagogischen Herausforderung werden können, welche die Eltern überzeugt und den Kindern einen Mehrwert bringt. Inklusion kann nicht in der üblich gewordenen Reformhektik von oben verordnet und ohne genügend Ressourcen an die Schulen delegiert werden. Sonst droht ein Scheitern.

Gelingende Inklusion ist ein langer Prozess, der politische Wahlperioden überdauert und dauernde Aufmerksamkeit verlangt.

Berlin, 16. Mai 2014

Gewerkschaft Pflichtschullehrerinnen und
Pflichtschullehrer GÖD-APS
www.pflichtschullehrer.at



Paul Kimberger
Bundesvorsitzender

LCH Dachverband
Lehrerinnen und Lehrer Schweiz
www.Lch.ch



Beat W. Zemp
Zentralpräsident

Verband Bildung und Erziehung (VBE)
www.vbe.de



Udo Beckmann
Bundesvorsitzender